Öffentlich- rechtliche Vereinbarung

über die Delegation der Aufgaben und Befugnisse der
Unterbringungsbehörde des Regionalverbandes Saarbrücken -für den
Bereich der Gewährleistung einer Rufbereitschaft- an die
Landeshauptstadt Saarbrücken

der **Regionalverband Saarbrücken**, Schlossplatz, 66119 Saarbrücken, vertreten
durch den Regionalverbandsdirektor, Herrn Peter Gillo

und

die **Landeshauptstadt Saarbrücken**, Rathaus St. Johann, 66111 Saarbrücken,
vertreten durch die Oberbürgermeisterin, Frau Charlotte Britz

schließen gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Unterbringung psychisch
Kranker (Unterbringungsgesetz- UBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.
November 1992 (Amtsbl. 1992, S. 1271) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9.
April 2014 (Amtsbl. I S. 156) i.V.m. §§ 17 ff des Gesetzes über die kommunale
Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 26. Februar 1975 in der Fassung der
Bekanntmachung vom 27.Juni 1997 (Amtsbl. 1997, S. 723) zuletzt geändert durch
das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl.2007, S. 127) folgende **öffentlich-
rechtliche Vereinbarung**:

§ 1 Aufgabenübergang

Der Regionalverband Saarbrücken ist gem. § 8 Abs. 1 UBG zuständige
Verwaltungsbehörde nach diesem Gesetz. Er ist gesetzlich verpflichtet, an den
Tagen, an denen die Verwaltung des Regionalverbandes Saarbrücken geschlossen
ist, eine entsprechende Rufbereitschaft vorzuhalten. Die Aufgaben und Befugnisse,
die der Regionalverband Saarbrücken im Rahmen der Rufbereitschaft nach dem
UBG wahrzunehmen hat, nimmt ab dem 01.08.2016 die Landeshauptstadt
Saarbrücken vollständig im eigenen Namen und in eigener Verantwortung wahr
(Delegationsmodell).

§ 2 Personelle Ausstattung und Sachausstattung

Mit der Übertragung der Zuständigkeiten an die Landeshauptstadt Saarbrücken
erfolgt keine Überleitung von Personal oder Sachmitteln. Das Personal und die
Sachausstattung für die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse für den
Bereich des Regionalverbandes Saarbrücken stellt die Landeshauptstadt
Saarbrücken.

§ 3 Entschädigung

Für die Wahrnehmung der o.g. Aufgaben und Befugnisse erhält die Landeshauptstadt Saarbrücken vom Regionalverband Saarbrücken eine Entschädigung in Höhe von 1.926,46 € jährlich. Der Betrag wird zum 01.04. des jeweiligen Kalenderjahres fällig. Für das Jahr 2016 beträgt die Entschädigung fünf Achtel dieses Betrages. Fälligkeitszeitpunkt ist der 01.09.2016.

Weitere Entschädigungszahlungen macht die Landeshauptstadt Saarbrücken nicht geltend.

§ 4 Inkrafttreten, Laufzeit der Vereinbarung, Kündigung

Die Vereinbarung wird am Tag nach ihrer Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde wirksam. Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder Partei mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Jahresende gekündigt werden. Das Recht auf außerordentliche Kündigung bleibt unberührt. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und ist zuzustellen.

Werden durch gesetzliche Änderungen oder durch Änderung sonstiger Rechtsvorschriften andere Zuständigkeitsregelungen für das Unterbringungsrecht getroffen, so ist die Vereinbarung entsprechend anzupassen, sofern dies erforderlich sein sollte.

§ 5 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch neue Regelungen zu ersetzen, die der in der unwirksamen Bestimmung enthaltenen Regelung in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden.

Saarbrücken, den

Saarbrücken, den

Peter Gillo
Regionalverbandsdirektor

Charlotte Britz
Oberbürgermeisterin